

30/1999

Generalsekretärin Angela Merkel:

Der SPD ist die Basis verloren gegangen

Die Bilanz der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen ist eindeutig: 14 von 23 Oberbürgermeistern, 28 von 31 Landräten stellt die CDU. In 215 Räten von Kreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden hat die CDU die absolute Mehrheit erzielt.

Demgegenüber stehen 5 Räte mit absoluter SPD-Mehrheit. Besonders erfreulich ist, dass die größte Stadt in NRW, Köln, nach 43 Jahren SPD-Herrschaft nun von der CDU geführt wird. Das Ruhrgebiet ist keine rote Hochburg mehr.

Dass der nordrhein-westfälische SPD-Chef Müntefering angesichts dieser dürftigen Ergebnisse seiner Par-

Erklärung zum Ausgang der Stichwahlen am 26. September in Nordrhein-Westfalen

tei von einer Trendwende spricht, macht deutlich, dass sich die Sozialdemokraten an jeden Strohalm klammern. Gerade noch konnte die SPD in einigen traditionellen Hochburgen ein Scheitern hauchdünn vermeiden. Wer nach diesem Desaster von einem Remis spricht, kann nicht rechnen und verdrängt die Realität.

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Stichwahlen

Jürgen Rüttgers: Die neue CDU im Westen ist die Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen. Seite 4

● Finanzen

Ausgabenentwicklung des Bundes. Seite 10

● Ausbildung

Annette Schavan: Das Berufsbildungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Seite 12

● Umweltpolitik

Klaus Lippold: Eine miserable Bilanz nach einem Jahr Rot-Grün. Seite 20

● KAS

Kommunalpolitisches Forum für neugewählte Amts- und Mandatsträger in Schloss Wendgräben. Seite 30

● Dokumentation

Wo Deutschland liegt. Eine Bilanz der Einheit. Rede des Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble auf dem FAZIT-Forum am 23. September in Berlin. Grüner Teil

Kurz & bündig

Niederlage für den Sport

Aus dem Sportförderprogramm Goldener Plan Ost – Wahlkampf-schläger der SPD – ist eine Niederlage für den Sport geworden: 11,6 Millionen DM statt angekündigter 100 Millionen DM, ab 2000 nichts mehr. Und auch von einer Förderung der Sportstätten-Neubauten ist keine Rede mehr.

Mit deutlichen Einsparungen

hat die Kulturpolitik zu kämpfen. Im Goethe-Jahr wird die Stiftung Weimarer Klassik gekürzt und werden Goethe-Institute geschlossen. Keinerlei Sonderbehandlung der Kultur im Bundhaushalt, wo doch die SPD Deutschland aus einer kulturpolitischen „Sahel-Zone“ führen wollte, wie Naumann im Bundestagswahlkampf verlauten ließ.

Herbe Schläge

müssen die Landwirte einstecken. Die zweite Stufe der Ökosteuer und der Wegfall der Gasölbijahle führen dazu, dass deutsche Landwirte künftig einen dreifach höheren Preis für Diesel zahlen müssen als ihre Kollegen im restlichen Europa.

Das zweitbeste Ergebnis

bei Landtagswahlen überhaupt erreichte die CDU in Sachsen. Mit 56,9 Prozent belegte sie bundesweit nach dem besten Ergebnis im Jahr 1994 auch den zweiten Platz des *ranking*. Die SPD hingegen verzeichnet in Sachsen das schlechteste Ergebnis der Nachkriegs-geschichte.

Bundesregierung vernachlässigt Zukunftsinvestitionen

Der Bundesregierung fehlt die Kraft, Zukunftsinvestitionen Priorität einzuräumen. Der Haushaltsentwurf 2000 liefert endgültig den Beweis: Die

Mittel für Bildung und Forschung werden gekürzt. Sparen ist gut, aber nicht zulasten kommender Generationen. Bei ihrem Amtsantritt ver-

sprach die neue Bundesregierung, die Investitionen in Forschung und Bildung zu verdoppeln, d.h. um 3 Mrd. DM pro Jahr zu erhöhen. Im

Haushalt 1999 wurde die Summe kurzerhand auf 1 Mrd. DM gekürzt. Der Haushaltsentwurf 2000 weist sogar ein Minus von 340 Millionen DM ge-

genüber dem Soll 1999 aus. Auch im Forschungsbereich folgten den vollmundigen Ankündigungen herbe Enttäuschungen und Etatkürzungen.

CDU

DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE

NR.
30

Wir stellen uns dem Wettbewerb um den besseren Weg in eine Zukunft von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit.

CDU-Vorsitzender
Wolfgang Schäuble

Die Bundesregierung hat die Weichen falsch gestellt

Die CDU wird sich der konstruktiven Mitwirkung an der Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht versagen. Sie wird nicht nach dem Vorbild der SPD Obstruktion und Blockade im Bundesrat praktizieren.

In der Haushaltsdebatte haben die Regierungsparteien mit schweren Vorwürfen ausgewartet. Die Anschuldigungen sind aber nicht haltbar.

Die Tatsachen:

So behauptet die SPD, die CDU habe einen hohen Schuldenberg hinterlassen. Doch die CDU hat die Neuverschuldung von 1982 bis 1989 von 37,2 Milliarden DM auf 19,2 Milliarden DM halbiert. Ohne die Herausforderung der Wiedervereinigung wäre der Bundeshaushalt heute bereits ausgeglichen.

Die SPD behauptet, die CDU habe die Ausgaben zugunsten kommender Generationen ausgeweitet. Dabei hat die CDU von 1994 bis 1997 die Ausgaben des Bundes kontinuierlich um 30 Milliarden DM gesenkt. Gegen-

über dem Jahr 1982 wurde der Bund sogar um 130 Milliarden Mark entlastet.

Die SPD behauptet, sie werde den Aufbau Ost auf hohem Niveau fortführen. Dabei plant sie massive Kürzungen zulasten des Aufbaus Ost. Rund 3 Milliarden DM für Struktur Anpassungsmaßnahmen, Förderprogramme, bei Infrastruktur, Städtebauförderung, Forschung und Entwicklung werden gestrichen.

Die CDU hat die Weichen für den Aufbau Ost richtig gestellt. Die Leistungen für die neuen Bundesländer in Höhe von insgesamt 1.400 Milliarden DM bis Ende 1998 haben den Aufbau beachtlich vorangebracht.

Die SPD behauptet, durch die CDU seien die Renten in den vergangenen Jahren benachteiligt worden. Dabei sah die Rentenpolitik der CDU lediglich vor, aufgrund der längeren Lebenserwartung der Bevölkerung die Renten etwas langsamer ansteigen zu lassen als die Nettolöhne.

Steuerreform verwirklichen

Die CDU ist bereit, gemeinsam mit der SPD eine Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung zu verwirklichen. Die Bundesregierung kann aber nicht erwarten, dass die CDU den falschen Weichen-

stellungen ihrer Steuer- und Finanzpolitik zustimmt. Eine auf Stärkung der Wachstums- und Investitionskräfte konzentrierte Politik, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, ist Voraussetzung.

Nullrunde für Rente

Die CDU hat mit der Rentenreform 1999 und dem sogenannten demografischen Faktor ein zukunftsgerichtetes Reformpaket vorgelegt, das einen fairen Ausgleich zwischen Alt und Jung vorsah. Die Re-

gierung Schröder kippt dieses Paket. Nach den Plänen der Bundesregierung steigen die Renten nur noch wie die Inflationsrate (0,7 Prozent im Jahr) – im Ergebnis reale Nullrunden der Rentenpolitik.

Analyse Stichwahlen OB- und Landräte

● Auch bei den Stichwahlen hat die CDU der SPD wieder 12 Kreise und kreisfreie Städte abnehmen können. Der Trend vom ersten Wahlgang, in dem die CDU der SPD 11 Oberbürgermeister und Landräte abnehmen konnte, hat sich also fortgesetzt.

● Damit lösen in insgesamt 23 Kreisen und kreisfreien Städten CDU-Oberbürgermeister und Landräte SPD-Vorgänger ab.

● Die CDU stellt nun in 28 von 31 Landkreisen den Landrat, die SPD nur in zwei Kreisen (Ennepe-Ruhr, Unna).

● Die CDU ist eindeutig die führende Großstadtpartei geworden. Sie stellt in 14 kreisfreien Städten den Oberbürgermeister, darunter in drei der vier größten Städte des Landes (Köln, Essen, Düsseldorf).

● Die SPD stellt nur noch in 9 kreisfreien Städten den Oberbürgermeister.

● **Im Ruhrgebiet** konnte die CDU zusätzlich zu Essen noch Hamm, Hagen, Gelsenkirchen und Recklinghausen gewinnen.

● **Im Bereich Niederrhein** hat die CDU nun alle 6 Kreise und kreisfrei-

en Städte gewonnen. Hier sind bei den Stichwahlen Mönchengladbach und Wesel hinzugekommen.

● **In Ostwestfalen-Lippe** stellt die CDU auch in allen Kreisen und in der kreisfreien Stadt Bielefeld die Landräte bzw. den Bürgermeister. Hier sind Lippe, Minden-Lübbecke, Herford und Paderborn hinzugekommen.

● **Im Bergischen Land** hat die CDU mit Ausnahme von Wuppertal alle Kreise und kreisfreien Städte gewonnen. Hier ist Düsseldorf hinzugekommen.

● **Im Bereich Mittelrhein** stellt die CDU in allen Kreisen und kreisfreien Städten mit Ausnahme von Bonn den Landrat bzw. OB. Hier sind der Erftkreis, Köln und Leverkusen hinzugekommen.

● **Im Münsterland und im Sauer-/Siegerland** hatte die CDU bereits im ersten Wahlgang alle Kreise und die kreisfreie Stadt Münster gewonnen.

● **Im Bereich Aachen** hatte die CDU bereits im ersten Wahlgang alle Kreise gewonnen; hier stellt die SPD lediglich in der kreisfreien Stadt Aachen den Oberbürgermeister.

Fortsetzung von Seite 1

Die Menschen wollen keine Schönfärberei à la Müntefering, sondern eine Politik, die angesichts des Wandels von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft in Zukunft Markt und Menschlichkeit verbindet. Die SPD erscheint dagegen in einer Mischung aus beleidigt und völlig ratlos gegenüber dem Wählervotum. Hochmut kommt vor dem Fall. Es wird auch für die Bundespar-

tei SPD nicht ohne Folgen bleiben, dass in Nordrhein-Westfalen die kommunale Basis flächendeckend verloren gegangen ist.

Das große Vertrauen, das die Wählerinnen und Wähler der CDU entgegenbringen, ist Ansporn für die anstehenden Wahlen. Erneuerung findet bei der CDU über die Kommunen und Länder statt. Auf diesem Weg sind wir einen großen Schritt voran gekommen. ■

Die neue CDU im Westen ist die Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen

Zum Ergebnis der Stichwahl und zum Gesamtergebnis der Kommunalwahl erklärte der Landesvorsitzende der NRW-CDU, Jürgen Rüttgers:

Die CDU in NRW hat bei den Stichwahlen ein großartiges Ergebnis erzielt. Unsere Siegesserie hat sich fortgesetzt. Die SPD und Herr Clement haben die dritte Wahl ihn Folge verloren.

● Nach der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen stellt die NRW-CDU insgesamt 290 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, die SPD 82, gerade einmal 27 mehr als freie Wählergruppen, FDP, und Grüne (55).

● Die CDU ist in den kreisfreien Städten, Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden klar die Nummer eins:

- ▶ Wir stellen 14 von 23 Oberbürgermeistern. Das sind elf mehr als vor fünf Jahren. Die SPD hat elf Oberbürgermeister verloren.
- ▶ Wir stellen 28 von 31 Landräten. Das sind elf mehr als 1994. Die SPD hat zwölf Landratsposten verloren. Es gibt nur noch zwei SPD-Landräte in Nordrhein-Westfalen.
- ▶ Wir stellen 249 von 373 Bürgermeistern.
- ▶ Die CDU hat bei den Kommunalwahlen 8.568 Mandate in den Kreistagen und Stadträten gewonnen. Das sind 762 mehr als bei der Kommunalwahl 1994. Die SPD hat 1.624 Mandate verloren. Sie hat jetzt nur noch 5.294. Die Grünen haben 924 Kreis- und Ratsmandate (minus 316), die FDP 741 (plus 392).
- ▶ In 215 Kreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden hat die CDU die absolute Mehrheit. Die SPD hat nur noch fünf absolute Mehrheiten.

In 170 Fällen stellt die CDU die relative Mehrheit, die SPD nur in 26 Räten. Zehnmal haben CDU und SPD die gleiche Anzahl von Mandaten in Kreistag bzw. Stadtrat.

● In 53 Stichwahlen haben sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten durchgesetzt. Die SPD hat 50 Stichwahlen gewonnen. 28 mal hatten sonstige Kandidatinnen und Kandidaten die Nase vorn.

● Wir sind mit 50,3 Prozent auch landesweit klar die Nummer eins. Bei den Kommunalwahlen hat die CDU zehn Prozent zugelegt, die SPD 8,4 Prozentpunkte verloren.

● Die CDU ist die Großstadtpartei. Wir haben jetzt 14 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister:

- ▶ Eberhard David in Bielefeld
- ▶ Joachim Erwin in Düsseldorf
- ▶ Wolfgang Reininger in Essen
- ▶ Oliver Wittke in Gelsenkirchen
- ▶ Wilfried Horn in Hagen
- ▶ Thomas Hunsteger-Petermann in Hamm
- ▶ Harry Blum in Köln
- ▶ Dieter Pützshofen in Krefeld
- ▶ Paul Hebbel in Leverkusen
- ▶ Monika Bartsch in Mönchengladbach
- ▶ Jens Baganz in Mülheim/Ruhr
- ▶ Berthold Tillmann in Münster
- ▶ Fred Schulz in Remscheid
- ▶ Franz Haug in Solingen.

● Auch diese Wahl bestätigt: Die CDU ist weiter auf Erfolgskurs. Wir haben unsere Position als Nummer eins in NRW weiter ausgebaut. Eine Trendwende hin zur SPD hat es nicht gegeben. Nach dieser Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen ist nichts mehr so, wie es vorher war.

Wir wissen, dass wir die Landtagswahl noch nicht gewonnen haben. Wir wissen aber,

Neumann will große Koalition in Bremerhaven

Nach dem Sieg der SPD bei der Kommunalwahl am 26. September in Bremerhaven hat sich der Landesvorsitzende der Bremer CDU, Bernd Neumann, für eine große Koalition in der Seestadt ausgesprochen.

Eine andere Zusammenarbeit sei nicht denkbar, sagte Neumann mit Blick auf die zwei anstehenden Großprojekte Ocean-Park und Erweiterung des Container-Terminals.

Der Bremer SPD-Landesvorsitzende Detlev Albers wollte dagegen keine Empfehlung aussprechen. Über ein Bündnis mit der CDU oder mit den Grünen werde der Unterbezirk der Bremerhavener SPD kommende Woche entscheiden. Dagegen hatte Bremens Bürgermeister Henning Scherf (SPD) am Wahlabend eine große Koalition nach dem Vorbild auf Landesebene befürwortet.

In der neuen Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven hat die SPD 22 der 48 Mandate, die CDU 20 Mandate. Die Grünen holten wie die rechtsextreme DVU drei Sitze. Andere Parteien blieben unter fünf Prozent.

dass wir die Landtagswahl gewinnen können. Das großartige Wahlergebnis ist eine große Verantwortung für die CDU in Nordrhein-Westfalen. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Die neue CDU im Westen bleibt konsequent auf Zukunftskurs. Mehr Demokratie vor Ort, mehr Bürgernähe, mehr Bürgerbeteiligung, das ist unsere Linie.

Für das Desaster der SPD gibt es Verantwortliche: Clement, Müntefering und Schröder. Eine unfaire und ungerechte Politik hat ihre Quittung bekommen. Wer jah-

Umfrage: CDU hätte auch in Hamburg größte Chancen

Die CDU hätte jetzt bei Wahlen auch in Hamburg die größten Chancen, stärkste Partei zu werden. Das ergab eine repräsentative Dimap-Umfrage für „Bild“. Danach würden die Christdemokraten 43 Prozent der Stimmen erhalten.

Bei der letzten Wahl im September 1997 hatte die CDU 30,7 Prozent erhalten. Die SPD käme mit 37 Prozent auf den zweiten Platz, obwohl sie ihr Ergebnis von 1997 (36,2 Prozent) leicht verbessern könnte. Die Grünen (GAL) würden der Umfrage zufolge Stimmen einbüßen und neun Prozent (13,9 Prozent) erhalten, die FDP käme auf zwei Prozent (3,5 Prozent).

Zwei Jahre nach der letzten Bürgerschaftswahl hält laut Umfrage eine Mehrheit der Wahlberechtigten in der Hansestadt eine große Koalition aus SPD und CDU für die beste Lösung für Hamburg. Den gegenwärtigen SPD/GAL-Senat sehen danach nur noch 24 Prozent der Befragten als die beste Lösung an. Sechs Prozent wünschen sich eine Zusammenarbeit von CDU und GAL.

relang nicht mit den Menschen redet, findet verschlossene Türen, wenn er klingelt.

Ich gratuliere allen Landrätinnen und Landräten, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, allen Mandatsträgern und den zehntausenden von Helferinnen und Helfern herzlich und sage Danke für dieses tolle Ergebnis. Die neue CDU im Westen ist in diesem Wahlkampf eine Kampftruppe geworden, in der jeder für den anderen kämpft.

Kommunalwahlen 1999 in Nordrhein-Westfalen am 12. September 1999
Direktwahl der Landräte in den Landkreisen

- vorläufiges amtliches Endergebnis (*kursiv: Ergebnis der Stichwahlen am 26.09.1999*) -

CDU
 Bundesge-
 schäftsstelle
 -Pressestelle -

Landkreis	Ergebnis	Bewerber	Partei	%	Bewerber	Partei	%
Aachen	gewählt	Meulenbergh, Carl	CDU	55,5			
Borken	gewählt	Wiesmann, Gerd	CDU	64,6			
Coesfeld	gewählt	Pixa, Hans	CDU	64,1			
Düren	gewählt	Spelthahn, Wolfgang	CDU	51,0	Stein, Volker	SPD	52,8
<i>Ennepe-Ruhr-Kreis</i>	<i>gewählt</i>						
<i>Erfurtkreis</i>	<i>gewählt</i>	<i>Stump, Werner</i>	<i>CDU</i>	<i>56,9</i>			
Euskirchen	gewählt	Rosenke, Günter	CDU	63,1			
Gütersloh	gewählt	Adenauer, Sven Georg	CDU	54,1			
Heinsberg	gewählt	Gruber, Karl	CDU	60,2			
Herford	gewählt	<i>Kluge, Hans-Georg</i>	<i>CDU</i>	<i>53,3</i>			
Hochsauerland- Kreis	gewählt	Leikop, Franz-Josef	CDU	66,9			
Höxter	gewählt	Backhaus, Hubertus	CDU	71,3			
Kleve	gewählt	Kersting, Rudolf	CDU	61,4			
<i>Lippe</i>	<i>gewählt</i>	<i>Heuwinkel, Friedel</i>	<i>CDU</i>	<i>51,9</i>			
Märkischer Kreis	gewählt	Stappuhn, Aloysius F.	CDU	52,6			
Mettmann	gewählt	Hendele, Thomas	CDU	51,6			
<i>Minden-Lübbecke</i>	<i>gewählt</i>	<i>Krömer, Wilhelm</i>	<i>CDU</i>	<i>54,3</i>			
Neuss	gewählt	Patt, Dieter	CDU	59,3			
Oberbergischer Kreis	gewählt	Kausemann, Hans	CDU	54,8			
Olpe	gewählt	Beckehoff, Frank-Werner	CDU	73,1			
Paderborn	gewählt	Wansleben, Dr. Rudolf	WGR	63,0			
Recklinghausen	gewählt	Schnipper, Hans-Jürgen	CDU	54,7			
Rheinisch- Bergischer Kreis	gewählt	Mors, Norbert	CDU	56,1			
Rhein-Sieg-Kreis	gewählt	Kühn, Frithjof	CDU	60,7			

Landkreis	Ergebnis	Bewerber	Partei	%	Bewerber	Partei	%
Siegen-Wittgenstein	gewählt	Schneider, Eimar	CDU	54,4			
Soest	gewählt	Riebinger, Wilhelm	CDU	57,9			
Steinfurt	gewählt	Kubendorff, Thomas	CDU	53,2			
Unna	gewählt				Achenbach, Gerd	SPD	50,8
Viersen	gewählt	Vollert, Hans-Christian	CDU	64,3			
Warendorf	gewählt	Kirsch, Wolfgang	CDU	60,3			
Wesel	gewählt	Amend-Glantschnig, Birgit	CDU	51,3			

Anzahl der zu wählenden Landräte: 31; davon gewählt: CDU 28, SPD 2, WGR 1

Kommunalwahlen 1999 in Nordrhein-Westfalen am 12. September 1999
Direktwahl der Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten

CDU
 Bundesge-
 schäftsstelle
 - Pressestelle -

- vorläufiges amtliches Endergebnis (*kursiv: Ergebnis der Stichwahlen am 26.09.1999*) -

Kreisfreie Stadt	Ergebnis	Bewerber	Partei	%	Bewerber	Partei	%
Aachen	gewählt				Linden, Jürgen Dr.	SPD	52,5
Bielefeld	gewählt	David, Eberhard	CDU	54,3			
Bochum	gewählt				Stüber, Ernst-Otto	SPD	50,8
Bonn	gewählt				Dieckmann, Barbara	SPD	51,3
Bottrop	gewählt				Löchelt, Ernst	SPD	53,8
Dortmund	gewählt				Langemeyer, Dr. Gerhard	SPD	52,2
Duisburg	gewählt				Zieling, Bärbel	SPD	53,3
Düsseldorf	gewählt	Erwin, Joachim	CDU	50,8			
Essen	gewählt	Reiniger, Dr. Wolfgang	CDU	51,7			
Gelsenkirchen	gewählt	Wittke, Oliver	CDU	50,1			
Hagen	gewählt	Horn, Wilfried	CDU	51,1			
Hamm	gewählt	Hunsteiger-Petermann, Thomas	CDU	59,6			
Herne	gewählt				Becker, Wolfgang	SPD	53,5
Köln	gewählt	Blum, Harry	CDU	54,8			
Krefeld	gewählt	Pützhofer, Dieter	CDU	62,9			
Leverkusen	gewählt	Hebbel, Paul	CDU	62,0			
Mönchengladbach	gewählt	Bartsch, Monika	CDU	60,9			
Mülheim	gewählt				Schröder, Thomas	SPD	50,0 ¹⁾
Münster	gewählt	Tilimann, Dr. Berthold	CDU	57,5			
Oberhausen	gewählt				Drescher, Burkhard	SPD	56,7
Remscheid	gewählt	Schulz, Fred	CDU	50,9			
Solingen	gewählt	Haug, Franz	CDU	59,3			
Wuppertal	gewählt				Kremendahl, Dr. Hans	SPD	58,1

Anzahl der zu wählenden Oberbürgermeister: 23, davon gewählt: CDU: 13, SPD 10 ¹⁾ der gewählte Bewerber hat 31.596 Stimmen erhalten, der CDU-Kandidat Dr. Jens Baganz 31.563

**Wahl zur
Stadtordnungsversammlung
der Stadt Bremerhaven**

am 26. September 1999

- vorläufiges amtliches Endergebnis -

	Wahl zur Stadtordnungs- versammlung 1999		Wahl zur Stadtordnungs- versammlung 1995		Wahl zur Bremschen Bürgerschaft 1999		Europawahl 1999		Bundestagswahl 1998 (Zweitstimmen)	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Differenz	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	91.000		94.663		89.728		90.295		91.462	
Wahlbeteiligung	46.942	51,9	47.230	49,9	46.465	+ 2,0	36.119	40,0	72.292	79,0
gültige Stimmen	46.491		46.689		45.888		35.858		71.138	
SPD	19.551	42,0	13.865	29,7	19.117	+ 12,3	17.292	48,2	38.830	54,6
CDU	18.110	38,9	17.245	36,9	15.634	+ 2,0	12.647	35,3	18.826	26,5
Grüne	2.976	6,4	5.419	11,6	3.549	- 5,2	2.634	7,4	4.595	6,5
DVU	2.415	5,2	2.674	5,7	2.747	- 0,5			1.963	2,8
Arbeit für Bremen...	1.508	3,2	3.604	7,7	1.841	- 4,5				
FDP	1.377	3,0	1.832	3,9	2.094	- 0,9	1.122	3,1	3.570	5,0
BBW ¹⁾	394	0,9				+ 0,9				
Bund freier Bürger	160	0,3				+ 0,3			103	0,1
Sonstige	0	0	2.050	4,4	906	- 4,4	2.163	6,0	3.251	4,6

1) Bürgerbewegung Kultur e.V.

Ausgabenentwicklung des Bundes

Unter Verantwortung der SPD-geführten Bundesregierung stiegen die Ausgaben von 82,3 Milliarden DM 1969 auf 244,6 Milliarden DM 1982. Die Ausgaben explodierten im Durchschnitt jährlich um 8,8 Prozent.

Unter Verantwortung der CDU-geführten Bundesregierung konnte der Ausgabenanstieg bis 1989 auf 289,8 Milliarden DM deutlich begrenzt werden. Im Durchschnitt stiegen die Ausgaben jährlich nur noch um 2,44 Prozent. Unter Verantwortung ►

Jahr	Ausgaben (in Milliarden DM)	Veränderung gegenüber Vorjahr (in Prozent)
1969	82,255	–
1970	87,981	+ 7,0
1971	98,460	+ 11,9
1972	111,060	+ 12,8
1973	122,494	+ 10,3
1974	134,035	+ 9,4
1975	156,856	+ 17,0
1976	162,362	+ 3,5
1977	171,952	+ 5,9
1978	189,509	+ 10,2
1979	203,358	+ 7,3
1980	215,710	+ 6,1
1981	232,995	+ 8,0
1982	244,646	+ 5,0
1983	246,748	+ 0,8
1984	251,781	+ 2,0
1985	257,111	+ 2,1
1986	261,525	+ 1,7
1987	269,047	+ 2,9
1988	275,374	+ 2,4
1989	289,779	+ 5,2
1990	380,176	–
1991	401,770	+ 5,7
1992	427,169	+ 6,3
1993	457,461	+ 7,1
1994	471,247	+ 3,0
1995	464,658	– 1,4
1996	455,550	– 2,0
1997	441,919	– 3,0
1998	456,919	+ 3,4
1999	485,700	+ 6,3
2000	478,200	– 1,5
2001 ¹⁾	485,300	+ 1,5
2002 ¹⁾	492,800	+ 1,5

Quelle: Finanzbericht 2000; ¹⁾ mittelfristige Finanzplanung

der SPD stiegen die Ausgaben damit 3,6-mal so stark.

Die Deutsche Einheit hat die Finanzpolitik vor enorme Herausforderungen gestellt. 1990 stiegen die Bundesaufgaben auf 380,2 Milliarden DM an. Bis 1994 stiegen die Ausgaben jahresdurchschnittlich um 5,5 Prozent. Trotz der Finanzierung der Deutschen Einheit blieb der Anstieg deutlich unter dem Jahresdurchschnitt der SPD-geführten Bundesregierung. Nachdem die entscheidenden Weichen gestellt waren, knüpfte die CDU-geführte Bundesregierung wieder an die erfolgreiche Spar-

Konsolidierungs- und Wachstumspolitik der achtziger Jahre an. In der vergangenen Legislaturperiode sanken die Ausgaben von 471,2 Milliarden DM 1994 auf 456,8 Milliarden DM 1998 jahresdurchschnittlich um 0,75 Prozent.

Unter Verantwortung der Schröder-Regierung erreichen die Ausgaben neue Höchstwerte. Die Ausgaben sollen in dieser Legislaturperiode um rund 2 Prozent steigen. Mit fast 493 Milliarden DM 2002 wird nach fast 486 Milliarden DM 1999 ein neuer Spitzenwert erreicht.

Düsseldorf: DGB im Gespräch mit Jürgen Rüttgers

Vor dem Hintergrund der Kommunalwahlergebnisse kamen am 27. September in Düsseldorf DGB-Landesvorsitzender Walter Haas und CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers zu einem Gespräch zusammen.

In vielen Kommunen und Kreisen werden sich neue Ansprechpartner zur Entwicklung und Umsetzung von Politik finden müssen. Die Gesprächspartner waren sich einig, dass zentrales Ziel der Erhalt, die Schaffung und Gestaltung von Arbeitsplätzen bleibt. Rüttgers sagte Haas zu, dass die Türen der Parlamente und Verwaltungen auch zukünftig für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer offen stehen werden.

Die zukünftige Entwicklung des Ruhrgebietes stand im Mittelpunkt des Gesprächs. DGB-Landeschef Haas erläuterte Rüttgers die gewerkschaftlichen Vorstellungen für ein Zukunfts- und Aktionsprogramm Ruhr 2000 plus.

Umfrage: Rot-Grün schadet der deutschen Wirtschaft

Die rot-grüne Bundesregierung hat der deutschen Wirtschaft geschadet. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) im Auftrag des Kölner Wirtschafts magazins „Impulse“.

Demnach seien 93 Prozent der Befragten dieser Meinung. 45 Prozent hätten sogar die Ansicht vertreten, Rot-Grün habe der Wirtschaft schweren Schaden zugefügt.

Für 52 Prozent der Unternehmer wirke sich die Rückkehr zur vollen Lohnfortzahlung besonders belastend aus, während 49 Prozent die Verschärfung des Kündigungsschutzes und 48 Prozent die Sozialabgaben für 630-DM-Jobs kritisieren. Entsprechend den schlechten Noten sei auch die Glaubwürdigkeit von Bundeskanzler Schröder im Unternehmerlager gesunken.

Das Berufsbildungsgesetz gehört auf den Prüfstand

Annette Schavan hat über die künftigen bildungspolitischen Leitsätze der CDU informiert und fordert eine Modernisierung der beruflichen Bildung:

„Die Modernisierung des Bildungswesens steht für die CDU im Zentrum der großen gesellschaftspolitischen Reformprozesse. Das gilt insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung. Die neuen bildungspolitischen Leitsätze der CDU werden Impulse zur Profilierung von Schule, Ausbildung, Weiterbildung, Hochschule und zur stärkeren Verknüpfung der verschiedenen Bereiche unseres Bildungswesens beschreiben“, sagte die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands in Berlin. „Leitbild ist die lernende Gesellschaft, die Wege der Bildung und Ausbildung so gestaltet, dass die Zukunftschancen der jungen Generation im Vordergrund stehen.“

„Bildung und Erziehung prägen das Selbstbewusstsein von Menschen und die künftige Mentalität in unserer Gesellschaft wie kaum anderes. Sie sind ein Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor gesellschaftlicher Entwicklung, Bildung und Erziehung begründen Selbständigkeit und Wohlstand.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht unsere Gesellschaft in tiefgreifenden Prozessen der Veränderung und des internationalen Wettbewerbs. Wachsende Selbständigkeit, Eigeninitiative und erhöhte Leistungsbereitschaft sind unerlässlich.

Unser Bildungswesen – Schulen, Ausbildungspartner, Hochschulen und die Einrichtungen der Weiterbildung – muss den neuen Herausforderungen gerecht werden können und braucht hierzu öffentliche Unterstützung. Unser Bildungswesen muss

gezielt Talente und Leistungsbereitschaft fördern, Orientierung vermitteln, Grundlagen für lebenslanges Lernen schaffen und entsprechend internationalen Maßstäben weiterentwickelt werden“, sagte Frau Schavan.

Modernisierungsimpulse für die berufliche Bildung

Schavan stellte den Reformbedarf bei der beruflichen Bildung in den Vordergrund: „Um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Innovationskraft unserer Betriebe durch qualifizierte Fachkräfte zu erhalten, muss die Zahl der auszubildenden Betriebe und die Ausbildungsquote gesteigert werden. Dazu sind einschneidende Reformen in der beruflichen Bildung erforderlich. Das bewährte System der dualen beruflichen Bildung braucht jetzt einen neuen politischen Schub. Die Partnerschaft zwischen Schulen und Betrieben muss auf eine neue Grundlage gestellt werden.“

„Das Berufsbildungsgesetz gehört auf den Prüfstand“, so Schavan. „Es ist die aktuelle Aufgabe der Bildungs- und Beschäftigungspolitik, Pattsituationen der Interessengruppen aufzubrechen und Modernisierungsimpulse aufzugreifen. Dabei müssen die dauerhaften Interessen der Jugendlichen und der einzelnen Betriebe im Mittelpunkt stehen.“ Schavan begrüßte die Diskussion, die durch einen Vorstoß der Kultusministerkonferenz in Gang gekommen ist. Der Deutsche Industrie und Handelstag (DIHT, der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und die Gewerkschaften hätten ihre Reformwürfe inzwischen vorgelegt. „Wir sind jetzt in einem Stadium, wo es auf die politische

Initiative ankommt, um einen tragfähigen Konsens zu formulieren und konkrete Handlungsschritte festzulegen“, sagte Schavan. „Wir brauchen offenere Ausbildungsordnungen, die den schnelleren Innovationszyklen in den Betrieben entsprechen. Das schwerfällige System bundesweiter Abstimmungsprozesse muss effektiver werden. Ein wichtiges Instrument sind dabei Öffnungsklauseln, die es erlauben, schnell auf regionale und betriebsspezifische Besonderheiten einzugehen. Wir müssen die Starrheit des Berufsbildungsgesetzes aufbrechen und für regionale Erfordernisse neue Handlungsspielräume schaffen“.

Aus diesem notwendigen Anpassungsprozess müsse das System der dualen Ausbildung gestärkt hervorgehen, weil es die beste Garantie für die Korrespondenz zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem sei, betonte Schavan. „Die vergleichsweise geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland verdanken wir der dualen Ausbildung. Deshalb sind die Leitplanken für künftige Dynamisierung und Flexibilisierung einerseits das duale Prinzip und andererseits das Prinzip der Beruflichkeit. Nur wenn in Zukunft breit angelegte – und nicht überspezialisierte – Berufsbilder definiert werden, sind die Ausbildungszertifikate für die Jugendlichen von nachhaltigem Wert. Nur das Prinzip der Beruflichkeit garantiert die Mobilität der Beschäftigten. Aber auch das duale Prinzip muss mit neuem Leben gefüllt werden.“

Die Reform der beruflichen Bildung sei eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe, so Schavan. „Wir brauchen neue Berufsbilder und flexible Ausbildungsordnungen für die Dienstleistungsbranchen, und wir brauchen neue und zeitgemäße Berufe für leistungsschwächere Jugendliche. Hier sind die Sozialpartner herauszufordern. Die vielfältigen schulischen und sozialarbeiterischen Fördermaßnahmen

der Kommunen, der Länder und die kurzfristigen Beschäftigungsprogramme des Bundes laufen ins Leere, wenn nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt Platz geschaffen wird für vorwiegend praktisch Begabte. Hier sind neben den Betrieben auch die beruflichen Schulen in der Pflicht, zur tatsächlichen Berufsfähigkeit zu führen, aber auch die allgemein bildenden Schulen müssen das Ziel der Ausbildungsfähigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Dazu ist eine noch stärkere Öffnung aller Schulen für die Wirtschaft notwendig, bis hin zum regelmäßigen Praxistag im Betrieb“, sagte Schavan.

Die CDU bereitet einen Bildungsparteitag für April 2000 vor

Zur Vorbereitung auf ihren bildungspolitischen Parteitag im April 2000 hat die CDU eine Fachkommission mit vorwiegend externen Expertinnen und Experten aus den Bereichen Schulforschung, Hochschule, berufliche Bildung und Weiterbildung eingerichtet. Vier Anhörungen zu verschiedenen Themenschwerpunkten sind wichtige Stationen im innerparteilichen Meinungsbildungsprozess. Am 29. September war die erste Anhörung dem Thema „Schulqualität“ gewidmet. Vor dem Hintergrund von Vergleichstests wie TIMSS und PISA gaben u.a. Professor Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung/Berlin und Dr. Andreas Schleicher von der OECD/Paris ihre Statements. Weitere Kernpunkte waren die Fragen der Lehreraus- und -fortbildung und der besseren Vernetzung von Schul- und Hochschulausbildung, aber auch Berufliche Bildung und Hochschule.

● Ort und Zeit der Anhörung: Akademie der Wissenschaften, Berlin, 29. September

Die zweite Anhörung steht unter dem Thema „Modernisierung der Weiterbildung – Die lernende Gesellschaft“. Lebens- und

Ökosteuer belastet vor allem die Familien

Zu dem jüngsten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum existenznotwendigen Mindestbedarf von Familien mit Kindern erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch:

Ich begrüße den jüngsten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Freistellung des Existenzminimums von Familien mit Kindern nachdrücklich. Seit die Bundesregierung die Ökosteuer beschlossen hat, habe ich darauf hingewiesen, dass Familien mit Kindern unverhältnismäßig stärker belastet werden, als andere Personengruppen.

Deshalb war auch die Klarstellung des Bundesverfassungsgerichts ausgesprochen wichtig, dass mit einer Erhöhung der indirekten Steuern auch eine erhöhte steuerliche Freistellung des Existenzminimums von Familien einhergehen muss.

Letztlich ist damit der Versuch der Bundesregierung gescheitert, den Familien auf der einen Seite Steuerfreiheiten zuzugestehen, die das Bundesverfassungsgericht ihnen ohnehin zwingend zugebilligt hat, ihnen aber auf der anderen Seite durch die Ökosteuer zusätzliche Belastungen aufzubürden.

berufsbegleitendes Lernen wird angesichts des rasanten Wissenszuwachses zum Schlüssel für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand. Konzepte zur Verkürzung der Erstausbildung und der inner- wie außerbetrieblichen Weiterbildung stehen auf der Tagesordnung. Es werden Entwicklungstrends und Reformansätze der Weiterbildung im In- und Ausland diskutiert.

Angesichts der zunehmenden Chancen durch die neuen I- und K.-Technologien wird es auch um neue Formen selbstgesteuerten und praxisbezogenen Lernens gehen. Dabei wird die enge Vernetzung aller an Bildung und Ausbildung beteiligten Einrichtungen unerlässlich sein. Dazu gehört auch, dass sich die Hochschulen dem Weiterbildungsauftrag öffnen und Personal sowie Ressourcen zur Verfügung stellen.

● **Ort und Zeit der Anhörung: Konrad-Adenauer-Haus, Bonn, 20 Oktober, 10.00 bis 14.00 Uhr**

Eine dritte Anhörung steht unter dem Leitsatz „Modernisierungsimpulse für die berufliche Bildung“. Die rasanten Veränderungen am Arbeitsmarkt erfordern die rasche Anpassung der Ausbildungsinhalte und -ordnungen sowie eine verstärkte Lernortkooperation von Schule und Ausbildungsbetrieb. Dabei sind nicht zuletzt seitens der allgemein bildenden Schulen verstärkte Bemühungen zur Stabilisierung der Ausbildungsreife erforderlich.

● **Ort und Zeit der Anhörung: Stuttgart, 11. November**

Die Hochschulreform wird im Mittelpunkt der vierten Anhörung stehen. Themen werden u.a. sein: leistungsbezogene Wege der Dienstrechtsreform, neue Formen der Hochschulfinanzierung, die Neustrukturierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) und die Debatte um Studiengebühren.

● **Ort und Zeit der Anhörung: Weimar, 8. Dezember**

Wir erwarten ein höheres Tempo bei Zukunftsfragen

Zum Beschluss der Bundesregierung über ein Aktionsprogramm „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“ erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medien, Günther H. Oettinger:

Nach einem Jahr entdeckt die Bundesregierung endlich die Bedeutung der neuen Medien für Wachstum, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit. Herausgekommen ist eine Fleißarbeit mit einer Reihe richtiger Einsichten und Ansätze. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte: Zu strategischen Fragen schweigt das Kabinett.

- Die Steuerreformpläne der Bundesregierung nutzen den Großen und benachteiligen die kleinen Unternehmen und Existenzgründer. Wir brauchen deshalb eine Senkung der Steuersätze für alle Unternehmen, und zwar zum 1. 1. 2000.

- Das 630-Mark-Gesetz und das Gesetz gegen die „Schein-Selbstständigkeit“ waren Rückschläge für die Gründungsdynamik bei den neuen Medien. Diese Bremsklötze müssen weg.

- Der Bundeswirtschaftsminister will seinen Sparbeitrag für den Haushalt 2000 vor allem mit Kürzungen bei Zukunftstechnologien wie Multimedia erbringen. Ich for-

dere ihn auf, dies in den anstehenden Beratungen zu korrigieren.

- Die Medienunternehmen brauchen einen klaren und verlässlichen Rechtsrahmen für ihre Entwicklung – und zwar über Staatsgrenzen hinweg. Auch hier fehlen neue konkrete Initiativen der Bundesregierung.

- Die Tarifpartner sollten ihre Energien nicht für den Irrweg der „Rente mit 60“ verschleudern. Wir brauchen mehr zukunftsorientierte Tarifvereinbarungen, um die Qualifizierung der Menschen im Umgang mit den neuen Medien voranzubringen. Gerade die Medienberufe erfordern außerdem konsequente Strukturreformen in der Erstausbildung mit mehr Freiraum für die einzelnen Unternehmen.

Der Bericht attestiert unserem Land eine gute Ausgangslage bei den neuen Medien. Das ist richtig. Aber wir müssen noch mehr daraus machen. Die technische und wirtschaftliche Landschaft verändert sich nahezu täglich. Deshalb erwartet die CDU auch von der Bundesregierung ein höheres Tempo bei Zukunftsfragen. Wirtschaftsminister Müller ist nicht nur für Ausstiegsszenarien zuständig und Staatsminister Naumann nicht nur für Denkmäler.

Umfrage: Mehrheit der Deutschen gegen Schutz für Stadtwerke

Die Mehrheit der Deutschen lehnt Schutzrechte für die Stadtwerke ab. In einer Forsa-Umfrage für die Zeitung „Die Woche“ sprachen sich 71 Prozent der Befragten dagegen aus, dass private Stromkunden vom freien Markt ausgeschlossen werden, um die umweltfreundliche Energieerzeugung der Stadtwerke zu erhalten. Nur 16 Prozent befürworteten Maßnahmen zum Schutz der Stadtwerke.

CDU-Juristen weisen Amnestieforderung der Grünen zurück

Zu den jüngsten Amnestieforderungen mehrerer Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) Minister a.D. Herbert Helmrich MdL:

Es scheint, als wollten die Grünen mit ihrer Forderung nach einer Amnestie anlässlich der bevorstehenden Jahrtausendwende an die Resozialisierungsexperimente ihres Parteigenossen und ehemaligen hessischen Justizministers von Plottnitz anknüpfen. Nach Swimmingpool, Kanufahrten, Entfernungen von Tätowierungen auf Staatskosten nun auch eine Silvesteramnestie.

Mehr als Streicheleinheiten in verschiedensten Ausprägungen sind den Grünen im Straf- und Strafvollzugsrecht bisher nicht eingefallen. Ihre Gutmenschenideologie und ihr Populismus sind die Spätfolgen der 68er. Dabei darf nicht in Vergessenheit geraten, dass anlässlich des Wegfalls und der Milderung der Bestimmungen im Demonstrationsrecht eine Amnestie zugunsten von Randalierern um 1970 die Debatte um Gewalt gegen Sachen bis hin zu Gewalt gegen Personen angeheizt hat.

Es ist allgemein anerkannt, dass Straffreiheit nur gelegentlich und nur aus Anlass besonders bedeutsamer politischer Ereignisse oder aber aus rechtspolitischen Gründen gewährt wird. Dazu zählt die Jahrtausendwende sicherlich nicht.

Ein Gesetz, das ja wohl vor Weihnachten greifen müsste, ohne bisher abgestimmten Inhalt in zwei Monaten von Bundestag und Bundesrat verabschieden zu lassen, ist in der zur Verfügung stehenden Zeit einschliesslich der verwaltungstechnischen Umsetzung und sicherlich auch teils rich- terlichen Überprüfungen nicht machbar.

Wer eine solche Debatte anstößt und vorher offensichtlich so wenig nachdenkt, setzt sich dem Vorwurf aus, völlig beliebige Themen aufzugreifen, nur um von sich reden zu machen.

Der Grund kann auch kaum darin zu finden sein, dass wir vor kurzem erst den fünfzigsten Jahrestag unseres Grundgesetzes feierten. Und schon gar nicht kann er darin liegen, dass wir am 3. Oktober den zehnten Jahrestag der deutschen Einheit und der Überwindung des SED-Regimes feiern werden. Unsere in den neuen Bundesländern noch junge Demokratie hat nach wie vor Mühe, die Folgen der SED-Diktatur aufzuarbeiten und zu überwinden. Was Humanität, Gnade und Verzeihen tatsächlich erfordert, wissen z.B. die Opfer der SED-Willkür am besten. Das Thema ist zu ernst und die Demokratie zu wertvoll, um eine derart undurchdachte und populistische Kampagne anzuzetteln.

Ströbele, Vollmer, Künast und Beck sollten nicht vergessen, dass nur ein starker, rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichteter und mit Autorität ausgestatteter Staat die notwendige Handlungsfähigkeit und die Kraft besitzt, die Freiheit des einzelnen Bürgers zu sichern. Das Strafrecht muss Schuldstrafrecht bleiben. Die Strafe muss sich an der Schwere der Rechtsgutsverletzung und der Schuld des Täters orientieren. Nur so kann das Verantwortungsbewusstsein des Täters angesprochen und die Rechtsgesinnung der Allgemeinheit bestätigt werden. Amnestien bleiben im demokratischen Rechtsstaat die Ausnahme. Es ist ausreichend, wenn – wie jedes Jahr vor Weihnachten und Neujahr – im Gnadenwege bereits Anfang November entlassen werden.

Erwin Marschewski:

Schaden für die innere Sicherheit

Zu den Überlegungen führender Bundes- und Landespolitiker von Bündnis 90/Die Grünen, aus Anlass der bevorstehenden Jahrtausendwende Gefangene mit kurzen Haftstrafen zu amnestieren, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Die Grünen lassen bei ihren Überlegungen für eine Generalamnestie mehr im Unklaren, als für eine seriöse Prüfung ihrer Überlegungen zulässig ist. So bleibt offen, welche Gruppen von Straftätern unter eine Amnestie fallen sollen, bis zu welcher Strafhöhe die Amnestie gelten soll, wie viele Personen erfasst werden sollen, wie sich die Opfer dazu stellen und wie die Bevölkerung im Einzelfall vor gefährlichen Straftätern geschützt werden soll. Dies schadet ausnahmsweise deshalb nicht, weil die Jahrtausendwende ohnehin keinen sachlich rechtfertigenden Grund dafür darstellt, Straftäter vorzeitig aus der Haft zu entlassen. Denn im Rechtsstaat Deutschland werden Strafen, gerade auch Freiheitsstrafen nach mühevoller Suche nach dem rechten Maß strafrechtlicher Schuld verhängt.

Sie genügen dem Gerechtigkeitsgebot und entsprechen dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Sie werden in Deutschland im internationalen Vergleich eher selten ausgesprochen. Die Dauer von Freiheitsstrafen in Deutschland liegt ebenfalls unter Durchschnitt.

Der Vollzug von Freiheitsstrafen verfolgt schließlich in Deutschland das Ziel der Resozialisierung der Straftäter.

Im Falle erfolgreicher Resozialisierung besteht nach geltendem deutschem Strafrecht die Möglichkeit vorzeitiger Haftent-

lassung. Damit entfällt die Notwendigkeit für Amnestien.

Im Einzelfall zu rechtfertigende Haftentlassungen sind auf der Grundlage des geltenden Rechts möglich. Umso mehr darf es keine generelle Amnestie geben, mit der Ungleiches grundlos und sachwidrig, ohne Resozialisierung der Straftäter und zum Schaden für die innere Sicherheit in unserem Land, gleich behandelt würde. Romantik ist gut, aber bei Straftätern ist fehl am Platz.

Justizminister Christean Wagner: Abenteuerlicher Vorschlag

Als „abenteuerlich“ hat der hessische Justizminister Christean Wagner den jetzt veröffentlichten Vorschlag von fünf Grünen-Politikern bezeichnet, zum 1. Januar 2000 eine pauschale Amnestie für rechtskräftig verurteilte Straftäter zu verfügen.

Alleine der von den Unterzeichnern (fehlerhaft) angeführte „Jahrtausendwechsel“ sei in einem Rechtsstaat kein Grund, verurteilten Straftätern eine solche unangemessene Vergünstigung zu gewähren.

Der Rechtsstaat zeichne sich durch eine Suche nach dem Maß strafrechtlicher Beurteilung von Schuld aus, stellte Wagner in Wiesbaden klar. In einem Rechtsstaat könne eine Amnestie nur überhaupt dort legitim sein, wo die Verfolgung einer bestimmten Gruppe von Straftätern mit dem Gerechtigkeitsgebot und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz der Verfassung unvereinbar wäre. Dies seien aber in einer Demokratie extreme Ausnahmefälle. ■

Die SPD-Front bröckelt

Zu den von Bundesinnenminister Otto Schily geplanten Kürzung bei den Beschaffungskosten für die Bereitschaftspolizeien der Länder erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Endlich, endlich lösen sich die SPD-regierten Länder aus der Umklammerung des SPD-Präsidiums. Viel zu lange haben sie Länderinteressen vernachlässigt und alles für einen Regierungswechsel im Bund getan. Jetzt erst merken sie, dass dieser Wechsel nicht gedeckt war. Die SPD-Front im Bundesrat bröckelt:

So regt sich erster zarter Widerstand von SPD-Ländern gegen den Plan von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), den Bund künftig vollständig aus der Mitfinanzierung von Führungs- und Einsatzmitteln für die Bereitschaftspolizeien der Länder zurückzuziehen. Heute beteiligt sich der Bund noch mit 35 Mio DM an dieser Aufga-

be und sichert damit länderübergreifende Einsätze der Polizeikräfte. Ab dem Jahr 2002 will Schily keine müde Mark mehr in diese unverzichtbare Aufgabe investieren.

Schily zeigt ein seltsames Verständnis von bundesstaatlicher Solidarität, denn er entlastet die Bundeskasse auf Kosten der Länder. Und weil der Bund mit seinem sogenannten Sparpaket noch weitere Kosten auf die Länder abwälzt, werden diese den wegfallenden Bundesanteil für die Bereitschaftspolizei kaum kompensieren können. Folge: Schilys Vorschlag geht zu Lasten der inneren Sicherheit in unserem Land.

Spannend wird nun sein, ob die wahlkämpfenden Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen diese Politik ihres Bundesgenossen mitmachen. Vielleicht besinnen sie sich aber auch darauf, statt den Interessen der Bundes-SPD dem Wohl ihres Landes im Bundesrat Geld zu verschaffen.

Riester-Vorstoß kaschiert Versagen auf dem Arbeitsmarkt

Zu den Vorschlägen von Bundesminister Walter Riester zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Ruhestand erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Wie immer das Modell von Walter Riester konkret aussieht, eines ist jetzt schon klar: Die Bundesregierung versucht, ihr Versagen auf dem Arbeits-

markt durch teure und arbeitsmarktpolitisch untaugliche Frühverrentungsprogramme zu kaschieren.

Nutznieser solcher Vorschläge sind in erster Linie die Großunternehmen, die ihre älteren Mitarbeiter kostengünstig entlassen können. Mit dem Hinweis auf bestehende Fördermöglichkeiten werden ältere Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben herausgedrängt.

VOR DER BERLIN-WAHL**SPD im freien Fall**

CDU und PDS sind auch in Berlin, wo am 10. Oktober gewählt wird, auf der Gewinnerstrasse. Die SPD ist im freien Fall. Da spricht es Bände, dass die CDU in den letzten zwei Wochen Eberhard Diepgen als Zuppferd plakatiert, während die SPD ihren Spitzenkandidaten Walter Momper, der sich nicht als Lokomotive erwiesen hat, aus dem Plakatverkehr zieht.

TagesspiegelKOMMUNIKATION**Sprachstörung**

Politiker machen eigentlich nie etwas falsch. Sie haben meistens ein „Vermittlungsproblem“. Deshalb hat Bundeskanzler Schröder alle seine Vorstandskollegen aufgerufen, sich gezielt an der „wirksamen Vermittlung“ der sozialen Inhalte seiner Regierungsarbeit zu beteiligen. Erst klappte untereinander nichts. Dann klappte die Kommunikation mit den Wählern nicht mehr. Sie gehen einfach nicht mehr zur Wahl oder wählen plötzlich lieber andere. Es ist logisch: Schröders Politik kann nicht die Ursache dieses Desasters sein. Dann wäre sie ja falsch.

Hannoversche AllgemeineGERHARD SCHRÖDER**Er kann es nicht**

Seiner Partei, seiner Regierungskoalition rinnt das vor Jahresfrist fulminant ausgesprochene politische Vertrauen durch die Finger. Die reale Sonntagsfrage wird an den Wahlen seit Wochen so beantwortet: Dieser Kanzler versteht sich auf Macht, aufs Regieren versteht er sich nicht. Regieren hat mit Vertrauen, Kompetenz, Klugheit und Fleiß zu tun. Schröders Leitung des Kabinetts ist dagegen gekennzeichnet von Sprung- und Wechselhaftig-

keit, von Selbstverliebtheit bis zur Arroganz und von Rechthaberei.

Frankfurter RundschauSOZIALE GERECHTIGKEIT**SPD-Grammatikkurs**

Es ist, als habe die Führung der Partei einen Grammatikkurs besucht, bei dem sie gelernt hat das Wort „soziale Gerechtigkeit“ zu deklinieren. Es ist schier ein sozialdemokratischer Wettbewerb darüber ausgebrochen, wer das Wort „sozial“ in seinen Papieren und Reden am häufigsten unterbringt. Indes: Soziale Gerechtigkeit muss man praktizieren.

Süddeutsche ZeitungRIESTERS NEUE ZULAGE**Schnellschuss**

Sozialminister Walter Riester hatte offensichtlich das Bedürfnis, der von seinen Rentenplänen gestressten Volks- und Wählerseele zur Abwechslung einmal etwas Gutes zu tun. Deshalb zog der Sozialdemokrat die Spendierhose an und hängte eine angeblich neue Zulage zur Förderung der privaten Altersvorsorge ins rotgrüne Schaufenster: Ein ebenso isolierter wie voreiliger Vorstoß. Die für den Zuschuss genannten Details bleiben ohnehin diffus. **Handelsblatt**

AMNESTIE ZUM JAHR 2000**Lächerlich**

Die Grünen wollen, dass wir richtig feiern: Das Millennium. Und weil wir so gnädig-milde rund um die drei Nullen gestimmt sind, machen wir die Tore der Gefängnisse weit auf und lassen die Kleinkriminellen ziehen, damit sie endlich „wieder gutmachen“ können, was sie angerichtet haben. So kann man jede Diskussion über Kriminalität und Strafe der Lächerlichkeit preisgeben. **Die Welt**

Stillstand und Rückschritt im Umweltschutz, Benzinpreistreiberei in schwindelnde Höhen

Eine miserable Bilanz

Zu einem Jahr rot-grüner Umweltpolitik erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold:

Das einzig Zählbare nach einem Jahr rot-grüner Umweltpolitik ist die sich abzeichnende dramatische Verteuerung von Kraftstoffen und Energie bis 2003. Die Leidtragenden sind vor allem sozial Schwächere und die Arbeitsplätze.

Alle anderen wichtigen Vorhaben der im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbarten Umweltpolitik liegen brach. Vor den Fehlentwicklungen durch die Einführung der Ökosteuer sowie den Folgen von Versäumnissen rot-grüner Umweltpolitik u.a. im Naturschutz, im Klimaschutz und in der Energiepolitik kann nur gewarnt werden.

Wie groß war – vor nicht mehr als einem Jahr – die Empörung über das von den Grünen propagierte Ziel eines Benzinpreises von 5 DM. Auch bei der SPD und ihrem damals Noch-Kanzlerkandidaten Schröder. Heute arbeitet sie selbst zielstrebig daran: Schon 2003 ist mit einem Preis für Normalbenzin von deutlich über 2 DM pro Liter zu rechnen. Kommt der Vorschlag des Umweltbundesamtes zum Tragen, Benzin und Diesel um 1 DM zusätzlich zu verteuern, wäre die 3 DM-Barriere überschritten: Der Marsch auf die 5 DM ist damit zügig in Angriff genommen.

Die Ökosteuer soll dem Umweltschutz dienen. Das ist falsch, es ist Lüge: Die Preiserhöhung hat keine Lenkungs-kraft für mehr Umweltschutz. Trittin weiß das. Sein Umweltgutachter Ewringmann urteil-

te: „Das deutsche Ökosteuer-Gesetz hat ... wichtige Weichen im Hinblick auf die umweltpolitische Lenkungsabgabe falsch gestellt“, und stellte außerdem fest: „Wenn das umweltpolitische Hauptziel nicht völlig aus den Augen verloren werden soll, müssen andere Weichenstellungen erfolgen.“ Eine vernichtende Kritik.

Die Steuer soll der Beitragssenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung dienen: Doch 8,2 Milliarden aus dem Aufkommen werden zum Stopfen der Haushaltslöcher gebraucht. Ist dies ein Solidaritätszuschlag „Haushaltsloch“? Der bisherige Soli für die neuen Bundesländer richtete sich nach der Einkommensstärke. Die Benzin- und Strompreiserhöhungen treffen die sozial Schwächeren und kosten Arbeitsplätze. Sie treffen besonders Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und kinderreiche Familien.

Die Umlenkung im Mobilitätsverhalten findet nicht statt. Die öffentlichen Verkehrsmittel werden in ihrer Wettbewerbsfähigkeit geschädigt: Fahrkarten werden teurer. Berufspendler, Schüler, Studenten sind besonders betroffen. So wird der Individualverkehr wider eigene politische Absicht attraktiv gehalten.

Fehlentwicklungen und Versäumnisse auch auf anderen wichtigen Feldern rot-grüner Umweltpolitik

Im Naturschutz ist völliger Stillstand eingetreten. Angekündigt war eine Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes mit

dem Ziel, ein großflächiges Biotopverbundssystem mit 10% der Landesfläche zu schaffen, sowie eine flächendeckende Landschaftsplanung zum Schutz der Artenvielfalt.

Bislang hat Trittin noch nicht einmal einen Referentenentwurf zustande gebracht, von der Novelle des Naturschutzgesetzes wird erst gar nicht gesprochen. Der Aufbau eines Biotopverbundsystems findet nicht statt. Der Dialog zwischen Naturschutz- und Nutzerverbänden wurde abgebrochen. Es gibt kein Konzept für die Naturschutzflächen, die sich in Bundeshand befinden. Weder beim Flächenverbrauch noch beim Artensterben sind Initiativen ergriffen, eine Trendwende herbeizuführen. Immer noch gelten 2/3 der Biotoptypen als gefährdet.

Deshalb ist der Vorwurf an die Bundesregierung, speziell an Trittin, mehr als zutreffend: „Wer ökologische Ziele wie den Natur-, Landschaftsschutz- und Artenschutz vernachlässigt oder den Erhalt der biologischen Vielfalt außen vor lässt, betreibt eine „halbierte Umweltpolitik“.“ Recht hat Herr Loske, umweltpolitischer Sprecher der Grünen.

Auch in Sachen Klimaschutz herrscht Stillstand.

Die deutsche **Klimapolitik** – bislang international respektierter und anerkannter Vorzeigepunkt deutscher Politik – ist unter Führung Trittins vollständig ins Abseits geraten.

Deutsche Initiativen, die früher für Schubkraft und Durchbruch sorgten, sucht man heute vergebens. Das mehr als magere Ergebnis von Buenos Aires sollte zunächst zum Erfolg hochgejubelt werden, die überdeutliche Diskrepanz zum tatsächlich erzielten Ergebnis hat dann vor dem Hintergrund kritischer Äußerungen der Experten zur Änderung dieser Darstellungsweise geführt. Konsequenzen für die internationale Umweltpolitik sind von in der

rot-grünen Bundesregierung und Trittin daraus nicht gezogen worden.

Von einer Weiterentwicklung des Klimaschutzes nach innen ist nichts zu spüren, es gibt zur Zeit keine neuen Initiativen, über die von Töpfer und Merkel eingeleiteten Reduktionsmaßnahmen hinaus. Der Rio-Folgeprozess ist in Deutschland zum Stillstand gekommen.

Von weiteren Bemühungen, den Reduktionsverpflichtungen im Klimabereich nachzukommen, ist in der Politik Trittins nichts zu merken. Bereits eingeleitete Maßnahmen, wie etwa die Energieeinsparverordnung werden nur zögerlich und unnötig fortgeführt, sie hätten längst abgeschlossen sein können. Damit wird das große Einsparpotential der CO₂-Emissionen im Gebäudebereich ignoriert.

Immer noch gibt es weder ein Konzept für den Bereich der erneuerbaren Energien noch für eine Absenkung der CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich.

Die Sommersmogverordnung sollte novelliert werden. Trittin legte ein Strategiepapier vor. Der Ladenhüter Tempolimit war Zentralpunkt. Das Strategiepapier war ein Flop. Es ist vom Tisch. Auch hier kein positives Resultat.

Es hieß, die Bundesregierung werde eine **kostengerechte zukunfts- und umweltverträgliche Energieversorgung** sicherstellen. Bislang hat die Bundesregierung kein energiepolitisches Konzept vorgelegt, das diesem Anspruch aus der Koalitionsvereinbarung auch nur im entferntesten Rechnung trägt.

Trittin will dem **Ausstieg aus der Kernenergie**. Zunächst wurde der Sofortausstieg angekündigt. Es wurden weder internationale Verpflichtungen noch nationale volkswirtschaftliche Konsequenzen berücksichtigt. Vorgehensweisen und Vorstellungen änderten sich fast täglich. Die jüngste Kostprobe erhielten wir am letzten Wochenende.

Die Diskussion, was anstelle der Kernenergie treten soll, ist völlig widersprüchlich. Trittin und Teile der SPD setzen auf Energieeinsparung und regenerative Energien. Das ist selbst nach Auffassung sozialdemokratischer Experten (Vahrenholt) aberwitzig.

Wirtschaftsminister Müller setzt auf fossilbefeuerte Großkraftwerke – damit wird die Erreichbarkeit des Klimaschutzes kon takariert.

Bis heute stehen sich diese Positionen diametral gegenüber.

Für die Zukunftssicherung regenerativer Energien fehlt ein Konzept. Die Förderung wird – sagen die Haushalter der CDU/CSU – im nächsten Jahr zurückgeführt. Das Strominspeisungsgesetz steht auf der Kippe (national wie europäisch). Die Koalition hat darauf keine Antwort.

Wo bleibt das großspurig angekündigte „breite Maßnahmenbündel zur Förderung von Einspartechnologien“?

Mit der konzeptlosen Energiepolitik ist das Scheitern des Klimaschutzziels vorprogrammiert.

Ein weiterer Anspruch: Das zersplitterte Umweltrecht wird in einem Umweltgesetzbuch zusammengeführt.

Die Union mit Töpfer und Merkel hat das Umweltgesetzbuch auf den Weg gebracht. Seit einem Jahr ruht de fakto jegliche Arbeit am Umweltgesetzbuch. Zwischenzeitlich wurde immer wieder seine Notwendigkeit hervorgehoben, seine Realisierung angedeutet. Auf ihrer Klausurtagung in Weimar forderte die Grünen-Fraktion die sofortige Realisierung. Nahezu zur gleichen Stunde teilte das Umweltministerium den Ländern mit, die Arbeit im UGB sei eingestellt, da es in der vorliegenden Form nicht verfassungsgemäß zu realisieren sei.

Damit verzögert sich die Umsetzung der Europäischen Anlagenrichtlinie und der Europäischen Umweltverträglichkeitsrichtlinie in deutsches Recht. Das bringt für deutsche Unternehmen ebenso wie für Kommunen erhebliche Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren. Hilfskonstruktionen unionsgeführter Bundesländer zur Überwindung der Schwierigkeiten wurden bislang blockiert.

Wann kommt jetzt das fällige Artikelgesetz? Als Schubladentwurf sollte es schon seit einem Jahr im Haus vorhanden sein, hörte man. Warum zieht Trittin es nicht aus der Schublade? Zumal jeder weiß, dass nicht er die Vorarbeiten veranlasst hat!

Wir brauchen eine schnelle Lösung für IVU- und UVP-Richtlinie, nachdem ein Jahr vertrödelt wurde!

Die Verpackungsverordnung mit dem System des Grünen Punktes wird ökologisch und ökonomisch sinnvoll umgestaltet. Auch hier Fehlanzeige!

Trittin hat politisch festgelegt, daß die Mehrwegquote unterschritten sei. Durch den Wiederholungsfall wird jetzt Zwangspfand fällig.

Was ist mit dem Zwangspfand bei einem relativ geringfügigen Rückgang des Mehrweganteils? Soll die Mehrwegregelung aufgehoben und durch eine flexible Mischquote ersetzt werden? Führt die Mehrwegregelung zur Marktabschottung und werden Innovationsprozesse in diesem Bereich behindert?

Fragen ohne Antworten und Prüfstein für den grundsätzlichen Reformwillen und die Konsensfähigkeit der Bundesregierung im Umweltbereich. Die angekündigte schnelle Umsetzung der Verpackungsverordnungsnovelle: Fehlanzeige!

CDU-geführte Länder sichern „Donum Vitae“ Unterstützung zu

Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Sachsen und Thüringen haben dem neugegründeten Verein „Donum Vitae“ finanzielle Unterstützung zugesagt.

Nach einem Treffen mit Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Wiesbaden kündigten Vertreter der Sozialministerien der sechs Länder am 27. September die Anerkennung von „Donum Vitae“ als neuem Träger der katholischen Schwangerenberatung an. Der von katholischen Laien gegründete Verein will die gesetzliche Schwangerenkonfliktberatung bei einem Ausstieg der Amtskirche fortsetzen.

Die Sozialminister und -staatssekretäre der sechs Länder seien erleichtert, dass eine Laienorganisation die erfolgreiche Arbeit der katholischen Beratungsstellen fortführen wolle, sagte die hessische Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn.

Die Ministerin erinnerte daran, dass sich in den katholischen Beratungsstellen im Jahr 1997 mehr als 20.000 Schwangere hätten beraten lassen. Jede vierte Frau habe sich nach der Beratung für ihr Kind entschieden. Vor dem Hintergrund dieser erfolgreichen Bilanz sei der drohende Ausstieg der Kirche zu bedauern.

Fazit nach einem Jahr rot-grüner Umweltpolitik:

Ich stelle fest, ohne jede Freude, es ist ein verlorenes Jahr für den Umweltschutz in Deutschland. Ohne konstruktive Arbeit in der europäischen Union, ohne Initiativkraft und Impulse in der globalen Umweltpolitik. Das führt zum Ergebnis: „Die Unzufriedenheit über die Umweltpolitik der Regierung ist unübersehbar.“ Das sagen grüne Politiker zur Arbeit ihres Umweltministers und zur Arbeit der Bundesregierung.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck hat eine Bilanz der rot-grünen Reformkoalition vorgelegt und ist zum Ergebnis gekommen: „Sie hat erstaunlich viel angepackt und auf den Weg gebracht.“ Ich will diese Aussage jetzt nicht kommentieren. Nur: die Umweltpolitik kommt in der Bilanz von Struck nicht vor, das spricht für sich selbst.

Thierse hat das Papier der Grundwertekommission zur Modernisierung von Politik vorgelegt – Umweltpolitik findet nicht

statt, gerade mal im Nebensatz wird nachhaltige Entwicklung erwähnt.

Bereits vor gut einem Jahr unterrichtete das Bundespresseamt in einer Broschüre über die Schwerpunkte der Politik Rot-Grün. Zur Umweltpolitik fand sich darin nichts!

Die grünen Politiker haben jetzt ihrer Fraktion vorgeschlagen, für die Bereiche Klimaschutz (Wohnungsbau und Verkehr), Nachhaltigkeitsstrategie, Naturschutzgesetznovelle und Novellierung des Umweltgesetzbuches wenigstens während der nächsten 2 Jahre im Rahmen der Umweltpolitik eine gewisse Priorität einzuräumen und auch im Fraktionsvorstand entsprechend hoch aufzuhängen.

Diese Veränderung des Stellenwertes sehe ich nach wie vor nicht. Ich bleibe bei meiner Bewertung: leider ein verlorenes Jahr für den Umweltschutz in Deutschland und für internationale Impulse für die Umweltschutzarbeit. ■

Neuregelung der 630-Mark-Jobs muss zurückgenommen werden

Anlässlich der Sitzung des Bundesfachausschusses Sport am 22. September erklärte die Vorsitzende, Steffie Schnoor MdL:

Hauptthema der Sitzung war die aktuelle Situation im Sportstättenbau. Renovierung, Sanierung und Neubau von Sportstätten – sowohl im Wettkampf- als auch im Schul- und Breitensportbereich müssen in den neuen Bundesländern weiterhin vorangetrieben werden. Es ist unverständlich und unverantwortlich, dass die Schröder-Regierung in diesem Bereich drastisch kürzen will. Die CDU-geführte Bundesregierung hat den Sportstättenbau in den neuen Bundesländern von 1995 bis 1998 mit rund 2,2 Milliarden DM gefördert. Darüber hinaus hat sie bis 1998 über 650 Millionen DM in den Sportstättenbau für den Spitzensport und in die Infrastruktur des Sports der neuen Länder investiert.

Fast 3 Milliarden DM sind unter der CDU-geführten Bundesregierung dem Sport in den neuen Bundesländern zugute gekommen. Der plakativ angekündigte „Goldene Plan Ost“ der Schröder-Regierung hat sich nicht nur als Mogelpackung entpuppt, sondern ist sang- und klanglos

zurückgezogen worden. Im Sport gilt als oberstes Gebot das Fair Play – dies muss die Regierung Schröder noch lernen.

Der Bundesfachausschuss befasste sich darüber hinaus mit den Zukunftsperspektiven des Sports in den neuen Bundesländern. Dazu ist festzuhalten: Die drastischen Kürzungen der Regierung Schröder gefährden die Aufbauarbeit der Vereine in den neuen Bundesländern aufs höchste. Insbesondere die Erhöhung der Energiesteuern und die Neuregelungen zu den 630-DM-Jobs und zur sogenannten Scheinselbständigkeit schlagen in den neuen Bundesländern, wo gerade der Breitensport wenig finanziellen Spielraum hat, besonders hart durch.

Die Forderung der CDU

Dies ließe sich nur kompensieren durch eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, was nicht geht – oder durch Kürzung der Angebote. Beides wäre fatal für die positive Weiterentwicklung des Vereinswesens in den neuen Ländern. Die Forderung der CDU bleibt: Rücknahme der Neuregelung zu den 630-DM-Jobs und der Scheinselbständigkeit – keine weitere Erhöhung der Energiesteuer.

Strommärkte: SPD betreibt Politik

Zur Ankündigung der SPD, die Liberalisierung der Strommärkte zugunsten der Stadtwerke wieder einschränken zu wollen, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Die Liberalisierung der Strommärkte darf nicht wieder eingengt werden. Das würde zu höheren Strompreisen führen. Millionen Verbraucher, die von schon jetzt sinkenden Strompreisen profitieren, würden benachteiligt. Auf Hunderttausende Unternehmen kämen hö-

Übungsleiterpauschale: Die SPD täuscht schon wieder die Vereine

Zu den widersprüchlichen Aussagen der SPD zur Übungsleiterpauschale erklärte der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert:

Die SPD täuscht sich und die Vereine erneut, wenn sie glaubt, die durch die Neuregelungen der 630-Mark-Jobs und der Scheinselbständigkeit herbeigeführten Ungerechtigkeiten und Belastungen für die Vereine durch die Erhöhung der steuerfreien Übungsleiterpauschale und Ausweitung des Bezugskreises beseitigen zu können.

Dieser Ansatz ist falsch, verfehlt das vorgegebene Ziel, ehrenamtlich Tätige und die Vereine zu entlasten. Er führt zu weiteren Ungerechtigkeiten im Vereinswesen und ist vor allem verfassungsrechtlich sehr bedenklich. Fazit: Pfuscher ist nicht durch Pfuscher zu korrigieren.

Am 5. Mai 1999 hat die stellvertretende Vorsitzende der SPD – Bundestagsfraktion, Ulla Schmidt, den Vereinen zugesagt, die steuerfreie Übungsleiterpauschale von 2400,- DM auf 4800,- DM zu verdoppeln und den Bezugskreis zu erweitern.

Am 20. Mai hat dies der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck,

öffentlich bekräftigt. Doch der Wahrheitsgehalt hat die Sommerpause nicht überlebt. Nun will die SPD nur noch eine Erhöhung auf 3.600 DM und eine deutliche Eingrenzung des Bezugskreises. Ein erneuter Wortbruch gegenüber den ehrenamtlich Tätigen und den Vereinen. Das Beste und Wirksamste wäre: die SPD zieht die Neuregelungen zu den 630-DM-Jobs und der Scheinselbständigkeit ohne Wenn und Aber zurück und erfüllt ihre Versprechungen!

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion hat ihren Gesetzentwurf zur Verbesserung der Vereinsförderung und der ehrenamtlich Tätigen ins parlamentarische Verfahren eingebracht. Verdoppelung der Übungsleiterpauschale von 2.400 DM auf 4.800 DM Erhöhung der Besteuerungs – und Zweckbetriebsgrenzen von 60.000 DM auf 120.000 DM Schaffung von zusätzlichen Rücklagemöglichkeiten. Dies hilft den ehrenamtlich Tätigen und den Vereinen!

Die SPD kann bei der 1. Lesung dieses Gesetzentwurfes im September und der anschließenden Beratung zeigen, ob sie ernsthaft unsere Vereine und die dort ehrenamtlich Tätigen entlasten will.

gegen Verbraucher und Vernunft

here Kosten zu. Sie SPD greift allein aus ideologischen Gründen in die Gesetze des Marktes ein. Dabei gibt es schon heute Übergangsklauseln für die Kommunen. In wenigen Jahren muss die Marktöffnung ohnehin aufgrund EU-rechtlicher Bestimmungen erfolgen.

Die Wähler werden nicht stillhalten, und die SPD wird mit „regulierungswütigen“ Politik gegen Vernunft und Verbraucher einen Proteststurm ernen, der dem gegen das verkorkste 630-Mark-Gesetz vor wenigen Monaten in nichts nachstehen wird.

Hände weg von der Pflegekasse

In einem Brief hat der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann, die Sozialverbände aufgefordert, sich gegen die geplante Kürzung der Beiträge des Bundes zur Pflegeversicherung zu wehren. Laumann erklärt in dem Brief unter anderem:

Es muss verhindert werden, dass eine der schwächsten Gruppen der Gesellschaft zum Spielball der finanzpolitischen Interessen wird.

Im Rahmen des sogenannten Sparpaketes will Finanzminister Eichel 300 Millionen Mark Beiträge des Bundes für die Pflegekasse sparen. Der Plan: Statt von der bisherigen Bemessungsgrundlage von 80 Prozent des Arbeitnehmerentgeltes will der Finanzminister bei Beziehern von Arbeitslosenhilfe nur noch von den tatsächlich gezahlten 53 Prozent Beiträge zahlen. Für die Pflegekasse wäre dies ein Minus von fast einer halben Milliarden Mark.

Durch diese Maßnahme wird das bisher so erfreuliche Finanzpolster der Pflegeversicherung bedroht. Der Kapitalstock beträgt zur Zeit 9,5 Milliarden Mark, die aber in den kommenden Jahren abgeschmolzen werden. Grund hierfür sind die steigende Überalterung und die Preissteigerung bei den Pflegeleistungen.

Im Jahr 2000 rechnet das Bundesversicherungsamt mit einem Minus von 850 Millionen, im Jahr 2001 von 900 Millionen und im Jahr 2002 sogar von 1,35 Milliarden Mark. Vom Überschuss der Pflegeversicherung bleiben im Jahr 2002 nur noch 6,5 Milliarden Mark übrig.

Die Pflegeversicherung braucht ihr Finanzpolster also dringend selbst, um für die zukünftige Entwicklung gewappnet zu sein.

Auch die Sozialverbände sind gefordert, auf den ungenierten Griff in die Pflegekassen hinzuweisen und so die Bundesregierung zur besseren Einsicht zu bewegen.

Zivildienst ist der Prügelknabe der Regierung

Zu den Plänen der Bundesregierung, den Sold und das Entlassungsgeld der Zivildienstleistenden zu kürzen, erklärte die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rösch:

Der Zivildienst ist der Prügelknabe der Bundesregierung. Nicht genug mit der Absicht, die Zivildienstdauer von 13 auf 11 Monate zu kürzen, die Stellen nicht sofort nachzubersetzen, die Beteiligung der Einsatzstellen an den Kosten für die Zivildienstleistenden zu erhöhen und die Rentenversicherungsbeiträge für Zivildienstleistende

abzusenken. Kurz nach der Debatte über den Bundeshaushalt folgt ein weiterer Schlag gegen die Zivildienstleistenden. Ihr Entlassungsgeld soll um mehr als 2/3 gesenkt werden. Auch beim Sold sollen Einsparungen erfolgen.

Mit ihrer Absicht, den Zivildienst unattraktiv zu machen, gefährdet die Bundesregierung nicht nur den Bestand des in unserer Gesellschaft notwendigen und auch hoch geschätzten Zivildienstes. Sie bestraft auch die Zivildienstleistenden persönlich. Und das haben sie wirklich nicht verdient.

Gegen doppelte Staatsangehörigkeit durch die Hintertür

Zur Forderung „großzügiger Regelungen in den Verwaltungsvorschriften“ zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht durch die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Diese Forderung der Ausländerbeauftragten für die Verwaltungsvorschriften stellt nichts anderes als den Versuch dar, den im Frühjahr von der rot-grünen Bundesregierung mit der FDP gefundenen Kompromiss zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts zu unterlaufen.

Damals war es CDU und CSU gelungen, die Mehrheit des deutschen Bundestages von der Unrichtigkeit der ursprünglichen Idee der rot-grünen Koalition zu überzeugen, seit einigen Jahren in Deutschland lebenden Ausländern generell die deutsche Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung der alten zu geben. Denn der Doppelpass wirkt nicht integrationsfördernd, sondern ist integrationsfeindlich, da er keine Entscheidung des Zugewanderten für seine neue Heimat verlangt.

Stattdessen erwerben nach dem Kompromiss in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern mit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit. Außerdem erhalten erwachsene Ausländer künftig nach acht statt bisher 15 Jahren einen Anspruch auf Einbürgerung. Er soll von ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache und einem Bekenntnis zum Grundgesetz abhängig sein.

Die von Frau Beck geforderte Nicht-Anfrage beim Verfassungsschutz bedeutet,

dass das Bekenntnis zum Grundgesetz leere Worthülse bleibt.

Ihre Forderung, „kleinliche Interpretationen“ bei Aufenthaltszeiten zu vermeiden, läuft darauf hinaus, die im öffentlichen Dienst Tätigen von der Pflicht sorgfältigen Arbeitens auf der Grundlage des geltenden Rechts zu befreien.

Zusätzlich fällt Frau Beck die Idee der Ermessenseinbürgerungen ein: Hiervon solle weiter – gemeint ist offenbar: weitergehend als bisher – Gebrauch gemacht werden. Auch damit lässt sich die im Frühsommer beschlossene Regelung ad absurdum führen.

Veranstaltungen der Politischen Akademie Eichholz

26. Oktober: Journalisten in der Akademie: Wie hat der Kosovo-Krieg Europa verändert? u.a. mit Christian Schmidt, MdB, Dr. Peter Frey, ZDF, Andreas Zumach, TAZ, Markus Spillmann, Neue Zürcher Zeitung

28. Oktober: Verfolgte Christen heute – Christen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas

Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich Internationale Zusammenarbeit u.a. mit Hermann Gröhe, MdB

Tagungsorte: Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin

Scharping musste vor der NATO den Offenbarungseid leisten

Zum Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Toronto und der geplanten Verkleinerung des Truppenkontingents der NATO-Staaten in Bosnien-Herzegowina erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Scharpings verzweifelte Versuche, bei den NATO-Partnern um Verständnis für die geplanten Kürzungen bei der Bundeswehr zu werben, sind gescheitert. Scharping musste vor seinen NATO-Kollegen einen Offenbarungseid leisten. Deutschland will von der NATO profitieren, ohne bereit zu sein, in eine angemessene Sicherheitspolitik zu investieren. Darüber sind unsere Verbündeten in der NATO zunehmend verärgert. Der gestaltende Einfluss der deutschen Politik auf eine den deutschen und europäischen Interessen dienende NATO-Politik verringert sich zunehmend. Wird das rot-grüne Finanzdiktat umgesetzt, der Bundeswehr in den kommenden vier Haushaltsjahren ca. 20 Mrd. DM zu entziehen, rutscht Deutschland mit seinen Verteidigungsausgaben innerhalb der NATO an die vorletzte Stelle. Für das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Land in Europa ein völlig unangemessener Beitrag für die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen.

Die Bundeswehr braucht Zeit und das notwendige Geld, um eine Anpassung an das veränderte Sicherheitsumfeld vornehmen

zu können. Der notwendige Umbau der Bundeswehr muss berücksichtigen, dass die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung angemessen erhalten bleibt. Die Fähigkeit zu Krisenvorsorge und Krisenmanagement mit sich ergänzenden und aufeinander aufbauenden Mitteln muss verstärkt und ausgebaut werden.

Die Bundeswehr muss für alle den euro-atlantischen Raum betreffenden Konfliktformen mit den Partnern abgestimmte Investitionen vornehmen. Damit erbringt sie einen Beitrag zur Schließung der sich immer weiter öffnenden Technologielücke zwischen Europa und den USA.

Marathon im Sprinttempo

Die von der NATO angestrebte Truppenreduzierung in Bosnien-Herzegowina begrüße ich sehr. Sie ist situationsangemessen und gibt der Bundeswehr nun etwas mehr Luft zum Atmen. Mit den beiden Aufträgen auf dem Balkan im Rahmen der SFOR und KFOR-Truppe sind ständig mehr als 50.000 Soldaten der Bundeswehr gebunden. Viele Soldaten sind aufgrund personeller Engpässe schon mehrfach im Einsatz gewesen. Die Bundeswehr bestreitet auf dem Balkan und bei den dadurch betroffenen Truppenteilen in Deutschland einen Marathon im Sprinttempo. Das kann sie auf Dauer nicht durchhalten!

Unsere

Elektronischen

Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

EU-Grundrechte-Charta zügig voranbringen

Die gleichberechtigte Teilnahme des Europäischen Parlaments bei der Erarbeitung eines Entwurfs einer Charta der Grundrechte der Europäischen Union hat der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und europäischer Demokraten, Hans-Gert Pöttering, gefordert.

„Diese Charta wird ein wichtiges Rechtsdokument werden, auf das sich alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in Zukunft berufen können. Deswegen muss das Europäische Parlament als direkt gewählte Vertretung der europäischen Bürger gleichberechtigt mit den Mitgliedstaaten an der Erarbeitung dieser Charta teilnehmen“, erklärte Pöttering. „Ich erwarte, dass das Gremium zur Ausarbeitung dieser Charta für die Bürger unter gleichberechtigter Beteiligung des Europäischen Parlaments nach der Sitzung des Europäischen Rates in Tampere am 15. und 16. Oktober zügig seine Arbeiten aufnehmen kann.“

Der Europäische Rat in Köln hatte beschlossen, eine solche Grundrechtecharta von einem Gremium ausarbeiten zu lassen, das aus Beauftragten der Staats- und Regierungschefs und des Präsidenten der Kommission sowie Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente

bestehen sollte. „Eine gleichberechtigte Teilnahme des Europäischen Parlaments würde demnach bedeuten, dass diesem Gremium 15 Mitglieder des Europäischen Parlaments angehören“, folgerte Pöttering. Pöttering begrüßte die Einrichtung dieses Gremiums als ein Novum, da hier über die Zusammenarbeit der Regierungen hinausgegangen wird und durch die Teilnahme insbesondere des Europäischen Parlaments, aber auch der Kommission, die Erarbeitung der Grundrechtecharta eine Angelegenheit der Europäischen Union werde.

Nach Auffassung des Kölner Gipfels soll die Charta die Freiheits- und Gleichheitsrechte sowie Verfahrensgrundrechte umfassen, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten garantiert werden und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben. Die Charta soll außerdem wirtschaftliche und soziale Rechte berücksichtigen und Grundrechte enthalten, die nur den Unionsbürgern zustehen. Das Gremium soll bis Dezember 2000 einen Entwurf vorlegen, auf dessen Grundlage dann eine Charta der Grundrechte feierlich proklamiert werden soll. Anschließend wird geprüft werden, ob und auf welche Weise die Charta in die Verträge aufgenommen werden sollte.

Kein Vertrauen in SPD-Kompetenz

Das Vertrauen der Deutschen in die politische Kompetenz der SPD ist nach einer Umfrage für die Zeitung „Die Woche“ auf den tiefsten Stand seit Jahresbeginn gesunken. Nur noch elf Prozent der 2.503 Befragten meinen nach einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Forsa für das Blatt, dass die SPD am besten mit den Problemen in Deutschland fertig wird. Der CDU/CSU sprachen dagegen 26 Prozent die höchste Kompetenz zu.

CDU Sachsen-Anhalt im Aufwind

Kommunalpolitisches Forum für neugewählte Amts- und Mandatsträger

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung Wendgräben trafen sich am Samstag, 25. September in Schloss Wendgräben rund 200, meist neu gewählte Amts- und Mandatsträger aus Sachsen-Anhalt zu einer Tagung unter dem Titel „Zukunftsfähige Kommunen in Sachsen-Anhalt - Bürgernahe Politik vor Ort“.

Kommunalpolitik als Politik vor der eigenen Haustüre

Dr. Gerd Gies, Ministerpräsident a.D. und Mitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung lobte in seinen Begrüßungsworten die hohe Kompetenz der Konrad-Adenauer-Stiftung im Bereich der politischen Bildung. Dabei nannte er als Arbeitsschwerpunkte die Vermittlung der parlamentarischen Demokratie die Auseinandersetzung mit den Folgen und Taten der SED-Diktatur, die Fragen nach der inneren Einheit Deutschlands und die wichtige Aufgaben in den Bereichen Kunst und Kultur. Gies bezeichnete die Kommunalpolitik als Politik „vor der eigenen Haustüre“ und rief die Kommunalpolitiker dazu auf, ihren Bürgern ein Gefühl der Geborgenheit zu vermitteln.

Politik der Union soll zu erkennbaren Fortschritten in den Kommunen führen

In seinem Hauptreferat wies der CDU-Landesvorsitzende darauf hin, dass die Union in Sachsen-Anhalt mit nun ca. 11.700 Mitgliedern, in diesem Jahr einen kontinuierlichen Anstieg an Mitgliedern verzeichnen könne. Die gewonnenen Kommunalwahlen im Juni d.J. sowie die hervorragenden Ergebnisse der CDU bei

den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern wirkten sich sehr positiv auf die CDU in Sachsen-Anhalt aus.

Außerordentlich erfreulich sei, sagte Böhrmer, dass von den rund 8.000 zu den Kommunalwahlen angetretene CDU-Kandidaten mehr als 4.000, davon 1.800 Parteilose, in die Kommunalparlamente gewählt wurden. Dies sei ein ganz besonderer Erfolg für die CDU in Sachsen-Anhalt und beweise die Motivation der Basis und den großen Vertrauensvorschuss der Unionskandidaten in der Bevölkerung. Böhrmer forderte die Kommunalpolitiker auf, konsequent darauf hinzuwirken, dass die neuen Mehrheiten der Union in den Städten und Gemeinden zu erkennbaren Fortschritten für die Bürger führten. Die Landes-CDU beobachte die Entwicklung in den Kommunen sehr genau. Bei allen „wünschenswerten Koalitionen“ sei es jedoch wichtig, dass das Profil der CDU genau erkennbar bleibe.

Fundament für den Macht- zuwachs der PDS wurde von Ministerpräsident Höppner gelegt

Scharf kritisierte Böhrmer die demonstrative Abhängigkeit der SPD vom Tolerierungspartner PDS. Dies habe sich gerade in den letzten Tagen mit der Diskussion um ein neues Polizeigesetz und mehr Befugnissen für die Polizei wieder ganz deutlich gezeigt. Es sei befremdlich, dass für die Landesregierung nicht die Interessen des Landes sondern der Machterhalt im Vordergrund stünden.

Das Fundament für den Machtzuwachs, den die PDS bei den Landtagswahlen der letzten Wochen in den neuen Bundesländern auf Kosten der SPD erlebt habe, sei in Magdeburg gelegt worden, erklärte Böhmer, nachdem Herr Höppner mehrere Jahre lang für seinen Bündnispartner gewonnen habe.

Relevante Probleme der Kommunen lösen

In der anschließenden Podiumsdiskussion, die vom Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung Sachsen-Anhalt, Roland Halang, moderiert wurde, kamen die für die Städte und Gemeinden besonders relevanten Problemfelder zur Sprache. Jürgen Leindecker, 1. Beigeordneter des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt wies darauf hin, dass es eine große Aufga-

be für die Kommunalpolitiker sei, mit den geringen vorhandenen Mitteln die Verwaltung so effizient wie möglich zu gestalten.

Zu den direkten Auswirkungen der Finanz- und Haushaltspolitik des Landes auf die Kommunen referierte Jürgen Scharf MdL, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Landrat Klaus Jeziorsky MdL kritisierte, dass die vom Innenminister propagierte Kreis- und Gebietsreform das „Pferd vom Schwanz aufsäume“. Zunächst müsse vom Land eine Aufgabenbeschreibung erarbeitet werden, was vom Land erledigt werden solle und müsse. Die Abwasserproblematik in Sachsen-Anhalt, ausgelöst durch überschuldete und vielfach höchst sanierungsbedürftige Abwasserzweckverbände, sei in der CDU-Landtagsfraktion schon lange thematisiert worden, erklärte deren umweltpolitischer Sprecher, Horst Hacke MdL.

Die Junge Union Deutschland sucht zum 15. November 1999 für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin eine/einen

Referent/in für Internationale Arbeit

Aufgaben:

- Erledigung der in diesem Aufgabenbereich anfallenden Arbeiten in der Bundesgeschäftsstelle
- Geschäftsführung der Internationalen Kommission in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Bundesvorstandsmitgliedern im Bereich internationale Arbeit
- Ausbau der Kontakte zu den internationalen Organisationen, insbesondere auf europäischer Ebene
- Vorbereitung und Durchführung von Seminaren und Konferenzen
- wissenschaftliche

Ausarbeitungen/
Materialsammlungen

Anforderungen:

- abgeschlossenes Hochschul-, Fachhochschulstudium
- Beherrschung von zwei Fremdsprachen in Wort und Schrift (Englisch obligatorisch)
- Erfahrung in der Verbandsarbeit der Jungen Union
- sicherer Umgang mit PC (Textverarbeitung, Internet, E-Mail)

Vergütung: in Anlehnung an BAT

Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind bis zum 22. Oktober 1999 an die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z.Hd. Bundesgeschäftsführer Michael Hahn, Inselstr. 1b, 10179 Berlin-Mitte, zu richten.



Politische Bildungsarbeit für Kommunalpolitiker immer wichtiger

Zur Notwendigkeit der politischen Bildung für Kommunalpolitiker und Kommunalbeamte erklärte Horst Waffenschmidt, Ehrenvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands:

● Das Vertrauen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger hat der CDU viele kommunale Mandatsträger gebracht und auch neue Gestaltungsmöglichkeiten in den kommunalen Verwaltungen. Diese Verantwortung muss sachgerecht und erfolgreich wahrgenommen werden. Damit die Verantwortlichen gute Arbeit leisten können, brauchen sie Informationen, Weitergabe von Erfahrungen und Gedankenaustausch in Gruppen mit gleichen Anliegen! Zum Beispiel die Bildungszentren der Adenauerstiftung in Schloss Eichholz bei Bonn und Wendgräben bei Magdeburg sowie die Bildungswerke der KPV-Landesverbände halten hier bewährte Angebote bereit, die schon vielen Kommunalpolitikern halfen.

● Besonders in den Bereichen Kommunalfinanzen und Gemeindehaushalt, Städtebau und Gemeindeentwicklung sowie Schule und Kulturarbeit vor Ort sind Erfahrungsaustausch und Dialog von Modellen und neuen Vorhaben von hoher Bedeutung. Wichtig ist dabei auch immer die

Kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, denn auch in der Kommunalpolitik gilt die wichtige politische Leitlinie: Tue Gutes und rede darüber. Heute gilt oft der Satz: Was nicht in den Medien vorkommt, ist gar nicht in der Welt.

● Die kommunalpolitische Bildungsarbeit muss auch wichtige Trends in der Landes- und Bundespolitik vermitteln, z.B. die Entwicklung der Steuerpolitik mit Auswirkungen für Städte und Gemeinden. Die Frage: Was wird aus der Gewerbeertragssteuer und wodurch wird sie vielleicht ersetzt, ist für Entscheidungen bei der Stadt- und Gemeindeentwicklung bedeutsam.

● Aber auch für Experten der Fraktionen und Parteien oder der Kommunalen Spitzenverbände sind solche Bildungsveranstaltungen, an denen sie teilnehmen, von großer Bedeutung: Sie sehen und hören, was an der politischen Basis geschieht und sie erfahren Ansichten und Informationen zu politischen Vorhaben.

Kommunalpolitische Bildungsarbeit dient somit dem gesamten Staat und allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Über geeignete Seminare der KAS und der KPV informiert der UID laufend.

Umfrage: Schlechtes Zeugnis für Schröders Politik

Knapp ein Jahr nach seinem Wahlsieg hat Bundeskanzler Gerhard Schröder nach einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ massiv an Ansehen verloren. Nach einer im Auftrag des Blattes erstellten Umfrage des Meinungsfors-

schungsinstituts Emnid in der Bevölkerung und unter 500 Managern sind 60 Prozent der Bürger mit der Regierungsarbeit des Kanzlers unzufrieden. Bei den Unternehmen seien es sogar 83 Prozent.

Wirtschaftspolitik für den Mittelstand

Zu diesem Thema wird der Parteivorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, am 22. Oktober in Koblenz sprechen.

Seine Rede ist eins der highlights auf dem Programm der 4. Bundesdelegiertenversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, zu der Bundesvorsitzender Peter Rauen für den 22.

und 23. Oktober eingeladen hat. Der Bundesvorsitzende, der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss, und Schatzmeister Peter Jungen werden ihre satzungsgemäßen Berichte abgeben. Für den Samstag ist eine Rede des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, über die „Zukunft der Arbeit“ vorgesehen.

Danke für die Würdigung unserer Anliegen

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble,

mit Interesse haben die deutschen Bauern und ihre Familien verfolgt, wie Sie sich in der Debatte zum Bundeshaushalt 2000 im Deutschen Bundestag sowie in einer ZDF-Fernsehdiskussion für die Anliegen der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes im Zusammenhang mit dem sogenannten Sparpaket der Bundesregierung ausgesprochen haben.

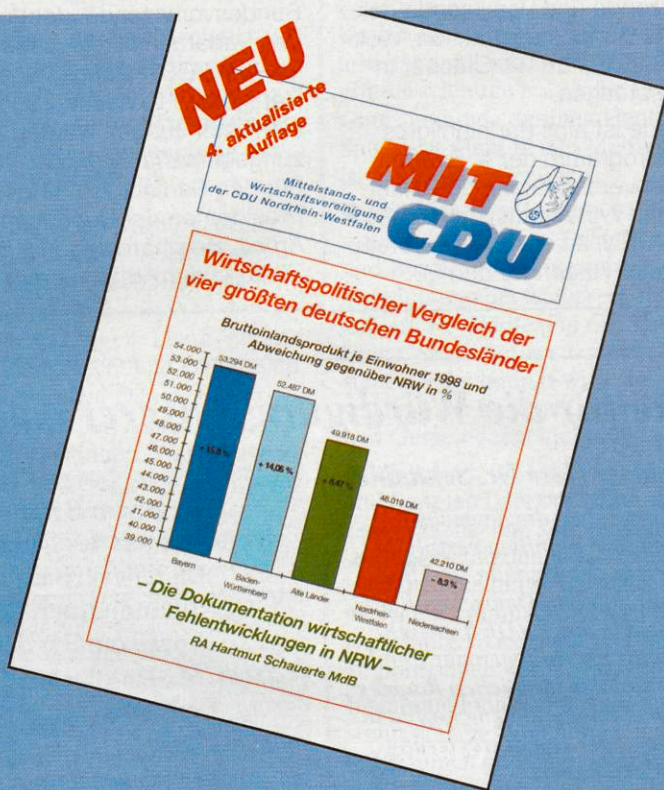
Ich möchte mich hierfür bei Ihnen ausdrücklich bedanken. Die deutschen Bauern sollen durch die finanz-, steuer-, sozial- und strukturpolitischen Vorschläge der Bundesregierung regelrecht abgestraft werden. Schon der Auftritt von Bundeskanzler Schröder auf dem Deutschen Bauerntag in Cottbus machte deutlich, wie wenig es der Bundesregierung um einen echten Dialog über den besten Weg geht, wie die deutsche Landwirtschaft nach den Beschlüssen zur Agenda 2000 den extremen Strukturwandel und den heftigen

**Aus einem Brief des
Präsidenten des Deutschen
Bauernverbands,
Gerd Sonnleitner, an den
Vorsitzenden der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Wolfgang Schäuble**

gen Wettbewerb um die europäischen und internationalen Absatzmärkte bestehen kann.

Als typische Mittelständler wissen wir Bauern sehr wohl, dass wir hohe Eigenanstrengungen bringen müssen und nicht allein auf den Staat setzen können. Gerade den leistungs- und wettbewerbsfähigen Betrieben werden aber durch die Vorschläge der Bundesregierung Perspektiven genommen. Von einer verständnisvollen Begleitung einer zugleich nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft ganz zu schweigen.

Wirtschaftlicher Vergleich der vier größten deutschen Bundesländer



Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen (MIT) hat ihre Dokumentation wirtschaftlicher Fehlentwicklungen in NRW aktualisiert. Eine Vielzahl wichtiger ökonomischer Eckwerte, die jeweils auf das Pro-Kopf-Verhältnis umgerechnet wurden, belegen, dass das Bundesland Nordrhein-Westfalen den Anschluss an die erfolgreich wirtschaftenden Länder Bayern und Baden-Württemberg verpasst.

Auch unter Wolfgang Clement, der als langjähriger Wirtschaftsminister und jetziger Regierungschef die politische Ver-

antwortung für diese Misere trägt, wird der Abstand zu den unionsgeführten Bundesländern größer! Fazit: Der Ministerpräsident wird seinem selbstgesteckten Ziel, NRW zum Bundesland Nr. 1 zu machen, in keiner Weise gerecht.

Die Broschüre kann bestellt werden bei der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstraße 5, Heinrich-Köppler-Haus, 40213 Düsseldorf, Postfach 20 02 80

CDU-Wahlkampfzeitung



Gehen Sie wählen, Berlin braucht ein Bündnis der Vernunft.

In den vergangenen Jahren wurden die Grundlagen für das Zusammenwachsen Berlins gelegt. Der Umzug von Bundesregierung und Parlament hat stattgefunden. Das Fundament für eine gute Zukunft Berlins ist geschaffen. In den nächsten Jahren entscheidet sich, ob auf diesem Fundament Wohlstand, Sicherheit, eine dynamische Wirtschaftsentwicklung und sozialer Ausgleich wachsen.

Berlin braucht eine Regierung der Vernunft. Eine kraftvolle Regierung, die Zukunftsprojekte wie z.B. den Großflughafen oder wichtige Unternehmensansiedlungen gestalten kann. Eine Regierung des Ausgleichs, die dafür sorgt, dass bei dem Tempo der Veränderungen in Berlin niemand auf der Strecke bleibt. Eine Regierung, die zusammenführt und nicht unnötig polarisiert.

Rot/Grün ist dafür völlig ungeeignet. Die PDS spaltet und zementiert die Mauer in den Köpfen und den Herzen. Gehen Sie am 10. Oktober zur Wahl. Ich bitte Sie: Geben Sie Ihre Stimme der CDU, 3 mal Liste 1. Damit Berlin eine gute Zukunft hat.

Herzlichst, Ihr

Eberhard Diepgen
Eberhard Diepgen
Regierender Bürgermeister von Berlin

Info-Hotline: 22 33 - 19 99
www.diepgen.de

Christlich-Demokratische
Union Deutschlands,
Landesverband Berlin,
Steffensandstraße 8,
14057 Berlin,
www.cduberlin.de

Bildnachweis: Stefan Maria Rother



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● Pflanzwürfel-Set „Basilikum“

„...ein kleines bißchen Geduld gehört schon dazu, doch bereits nach ca. zwei Wochen beginnt der Basilikum-Samen zu keimen“ so schrieb uns Christa Koch aus Bonn. „...wie auf dem beigefügten Foto ersichtlich ist die Pflanze seitdem kräftig gewachsen und liefert uns regelmäßig die notwendige Garnierung zu Mozzarella und Tomaten.“

Bestell-Nr.: **9562**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 25,00 DM

Bestellschrift

per Post: IS-Versandzentrum
Postfach 1465 · 59306 Ennigerloh

Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

**Alle Preise zzgl. MwSt.
und Versand**

UID

30/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.